

Anfrage zur Sitzung des Stadtrates am 04.02.2026

Masernschutzimpfung an städtischen Kitas und Schulen

Seit Inkrafttreten des Masernschutzgesetzes besteht für Kinder in Kindertagesstätten und Schulen, ebenso wie für dort tätiges Personal, eine gesetzliche Nachweispflicht über einen ausreichenden Masernschutz. Die Regelungen dienen dem vorbeugenden Gesundheitsschutz und sollen besonders vulnerable Gruppen schützen. Kommunen stellt die Umsetzung jedoch vor organisatorische und datenschutzrechtliche Herausforderungen, insbesondere bei Nachweiserhebung, Dokumentation und dem Umgang mit fehlenden oder unklaren Nachweisen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie setzt die Stadt Mainz die gesetzlichen Vorgaben zur Masernschutzimpfung in Kindertagesstätten und Grundschulen aktuell um und welche Stellen sind jeweils für Kontrolle, Dokumentation und Verfahren bei fehlenden Nachweisen zuständig?
2. Wie wird in Fällen verfahren, in denen der Nachweis nicht oder verspätet erbracht wird? Welche Schritte (z. B. Erinnerung, Meldeweg an das Gesundheitsamt, Anhörung, Untersagungsverfügung) kommen in Mainz zur Anwendung und wie häufig wurden diese Maßnahmen seit 2022 ausgesprochen?
3. Wie wird der Masernschutz des in Kitas und Grundschulen tätigen Personals (einschließlich Honorarkräften, Praktikant:innen, Freiwilligendiensten) geprüft und wie viele Fälle mit unvollständigen oder fehlenden Nachweisen wurden seit 2022 festgestellt?
4. Welche Herausforderungen bestehen aus Sicht der Stadt bei der Umsetzung des Masernschutzgesetzes (z. B. Aufwand der Nachweisprüfung, datenschutzrechtliche Fragen, Schnittstellen zwischen Einrichtungen und Gesundheitsamt)? Sieht die Verwaltung Möglichkeiten, von Good-Practice-Beispielen anderer Kommunen zu profitieren, etwa durch standardisierte digitale Abläufe oder vereinheitlichte Meldeprozesse?
5. Welche Maßnahmen der Gesundheitsprävention und Aufklärung über Masern- und Kombinationsimpfungen bietet die Stadt oder das Gesundheitsamt aktuell an – insbesondere für Eltern, die noch unsicher sind oder Fragen haben?

6. Wie erfolgt die Abstimmung zwischen städtischen, freien und kirchlichen Trägern hinsichtlich der einheitlichen Umsetzung der Pflicht und finden hierzu regelmäßige Austauschformate statt?

Kolhey, Sascha
Fraktionsvorsitzender Volt Mainz